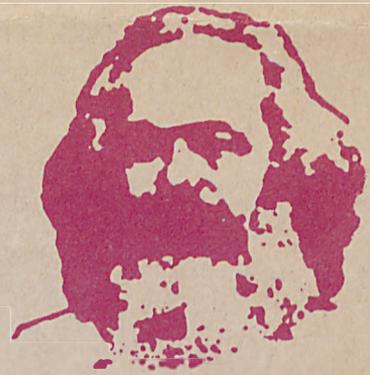


JUSO



HOCHSCHULGRUPPE

GIESSEN, November 1982

Die Linke nach der Hessenwahl

SPD/GRÜNE: ILLUSIONEN UND MÖGLICHKEITEN

Auf der Suche nach der neuen Mehrheit

Am Abend nach der Hessenwahl stellte Willy Brandt hoffnungsfroh fest, daß es nun eine "Mehrheit links von der CDU und der FDP" gebe, zwar eine "schwierige Mehrheit", aber eben doch eine Mehrheit.

Daß es sich bei dieser "Mehrheitsfrage" erst mal um ein rein numerisches Rechenbeispiel handelte und es nicht um die Vorstellungen und Forderungen der Alternativen und Grünen, das heißt um die zwischen SPD und Grün/Alternativen konkret zu vereinbarende und zu führende Politik, wurde spätestens beim Scheitern der Gespräche zwischen SPD und der Grün-Alternativen-Liste (GAL) offensichtlich.

Willy Brandt umarmt alle

Gerade wer die Meinung vertritt, daß es notwendig ist in und mit der SPD politisch zu arbeiten, der muß auch klar den sehr problematischen integrativen Effekt herausstellen, den eine unbedachte Koalition

zwischen Grün/Alternativen und SPD zeitigen würde.

Nach Brandts "Integrationskurs" soll die SPD neben den sozialen Liberalen, die sich von Genscher abgewendet haben, auch die Anhänger der Friedens-, Ökologie und

anderen sozialen Protestbewegungen für sich gewinnen.

Wozu? Doch wohl, um sie genauso zu vereinbaren und zu "integrieren", wie es vor gut einem Jahrzehnt gelungen war, den Großteil des Protestpotentials der APO zu kanalisieren

Diese Erfahrung hat sich auch Thomas Ebermann (Fraktionssprecher der Hamburger GAL) in Erinnerung gerufen. Er kann lediglich registrieren, "daß einige führende Sozialdemokraten sich eine neue nachdenkliche Haltung zulegen und ihre Hoffnung anbieten, daß die Grünen verparlamentarisieren, daß heißt gezähmt werden".

Reform oder Modernisierung?

Die SPD verweist dann immer auf ihre Reformen während der sogenannten Ära Brandt. Dadurch wurden aber einerseits schlicht und einfach nur verkrustete, ineffektive und veraltete Bestandteile und Regeln der westdeutschen Gesellschaft modernisiert und andererseits diente Reformpolitik dazu, gesellschaftliche Protestpotentiale zu befrieden, und



DISKUSSIONSVERANSTALTUNG:

Rudolf Hartung
(JUSO-Bundesvorsitzender)

Wolfram Heyn
(Landtagsabgeordneter, SPD)

Eberhard Walde
(Bundesverband-Bürgerinitiativen-Umweltschutz)

Jan Kuhnert
(Landtagsgruppe der Grünen)

Paul Köhler
(Bildungswerk DGB Hessen)

MITTWOCH, 24. NOV., 20.00 UHR, UNI-AULA

zwar eine kapitalistische, aber nach SPD-Verständnis sozial verfaßte Demokratie zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang muß auch die Frage gestellt werden, nach welcher innerer Logik es folgerichtig war, daß Schmidt und die SPD aus der Regierung gekippt wurden.

Die sozialliberale Regierung unter Schmidt hielt schließlich das atlantische Bündnis zusammen, kurbelte die Rüstungsindustrie an, und brachte es fertig, die Gewerkschaften und Arbeiter bei Laune zu halten, ihnen die verlogene Mentalität "Alle müssen Opfer bringen" derart einzubläuen, daß sie 2 Jahre hintereinander eine Senkung ihres Einkommens hin nahmen, ohne, daß es zu Streiks und Unruhen gekommen wäre.

Somit war Schmidt eigentlich der Mann der Amerikaner, der Herren vom Bundesvorstand der deutschen Industrie und dessen, was sich abstrakt als das internationale Kapital bezeichnen läßt.

Dies gilt jedoch nur für einen Zeitraum wirtschaftlicher Zuwächse, in dem soziale Reformen finanziert werden konnten, ohne gesellschaftliche Strukturen anzutasten. In Zeiten ökonomischer Krisen ist jedoch schon das Festhalten am erreichten Niveau der sozialen Absicherung nicht mehr kapitalkonform, da es nur durch gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten verteidigt werden kann.

Da die SPD dazu weder willens, noch in der Lage war, reagierte die Regierung Schmidt auf die Krise mit Sozial- und Bildungsabbau. Kernbereiche sozialdemokratischer Wählerschaft, Arbeitnehmer und Rentner, fühlten sich durch die SPD nicht mehr vertreten und verweigerten zunehmend bei den Wahlen der SPD ihre Stimme.

Darüberhinaus konnten sich die neu entstandenen sozialen Protestpotentiale nicht von einer SPD-Regierung repräsentiert fühlen, das heißt auch von der SPD nicht mehr eingebunden werden.

Für die Interessen beider Gruppierungen konnte jedoch auch die SPD keine Alternative bieten.

Im Interesse eines funktionierenden Kapitalismus war die Regierungsübernahme durch die CDU notwendig. Hier liegt auch die Ursache des "Umfallens" der FDP.

Die "linke" SPD in der Opposition

Eine SPD in der Opposition bietet die Chance durch Verbalradikalismus, der zumindest Emotionen auf sich zieht, Protest zu integrieren und zu kanalisieren.

Gefühle spielten und spielen aber bei der Friedens- und Ökologiebewegung eine entscheidende Rolle. Diese Bewegungen entstanden nicht um politische Theorien und Ideologien herum, sondern um gesellschaftliche Problem-

und Fragestellungen, die jedes einzelne "Mitglied" als ihn/sie unmittelbar betreffend und die eigenen Wünsche, Hoffnungen, Ängste berührend, empfunden hat.

Diesen "Zug der Zeit" erkennend finden Peter Glotz und Horst Ehmke die Friedensbewegung, an deren Demonstrationen teilzunehmen sie ihren Mitgliedern noch vor ein paar Monaten verbieten wollten, nun plötzlich positiv und lehrreich.

Ebenso plötzlich entschied Glotz außerdem, daß die SPD bei den DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn, die noch gegen die Regierung Schmidt beschlossen worden waren, haufenweise mitmarschieren sollte.

Die SPD in der Opposition versucht also die Gewerkschaften einerseits und die außerparlamentarische Bewegung und die Grünen andererseits zu überzeugen, daß es nun den gemeinsamen Gegner "Rechtsruck" (= CDU/FDP) gibt, den es zusammen zu bekämpfen gilt. Dies stimmt auf den ersten Blick, jedoch darf nicht vergessen werden, daß sozialdemokratische Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen, sowie objektives Unvermögen Struktur reformen der Wirtschaft einzuleiten, mit zur gegenwärtigen Situation entscheidend beigetragen haben.

Perspektiven orange-grüner Zusammenarbeit

Nach Oskar Lafontaines Worten sind die Existenz und die Stärke der sozialen Protestbewegungen (und der im wesentlichen von ihnen getragenen Grünen Partei) Ausdruck eines positiv gewandelten Bewußtseins in dieser Gesellschaft.

Und wer, wie Hans-Ulrich Klöse, davon ausgeht, "daß sich nur etwas mit der Arbeiterbewegung verändert, jedenfalls nicht gegen sie, dann muß ich doch dafür sein, daß diese Arbeiterbewegung sich bewegt. Und dann denke ich darüber nach, was die treibenden Kräfte dafür sein können, und sehe, daß sie nur zum Teil aus der Arbeiterbewegung selbst kommen, und zu einem erheblichen Teil von woanders: aus neuen Gruppierungen, anderen sozialen Bewegungen, Minderheiten ..." kann nicht übersehen, daß die Grünen es sich nicht leisten können, die SPD und die Parlamente links oder rechts liegen zu lassen.

Die Entscheidung der Grün/Alternativen punktuell oder dauerhaft mit anderen Parteien (und das kann eigentlich nur die SPD sein) zusammenzuarbeiten, ist im Grunde bereits durch den Beschluß für Parlamente zu kandidieren gefallen.

Die aktuellen Diskussionen im grün/alternativen Spektrum belegen dies.

Möglichkeiten einer parlamentarischen Zusammenarbeit, die unterhalb der Systemfrage (egal, ob die primär ökologisch gesehen wird oder nicht) liegen, scheinen möglich, denn es stimmt ja nicht, daß das, was Schmidt machte "das einzig Mögliche in einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaftsordnung ist und es daneben nur noch Schlimmeres à la CDU gibt". (So Ebermann)

Der Nachrüstungsbeschluß steht mittlerweile anscheinend ernsthaft bei SPD-Parteidiskussionen zur Debatte. Ebenso scheint bei größeren Teilen der SPD die Einsicht in die Fragwürdigkeit wenigstens eines Teils der Großprojekte mit ihren ökologischen, sozialen und sicherheitspolitischen Negativeffekten zu wachsen.

Die Notwendigkeit und Bereitschaft der SPD mit den Grünen Kontakt aufzunehmen, wird eine verstärkte innerparteiliche Auseinandersetzung nach sich ziehen. Dies ist nicht nur aus inhaltlichen Gründen wichtig, es bedeutet auch ein Stück weit das Akzeptieren von anderen Vorstellungen in ihrer Relevanz. (Nach den Hamburger Gesprächen dürften z.B. Dohnany und seine Senatoren die Grünen nicht mehr so ohne Weiteres als 'ökologische Spinner und Trautänzer' abtun.) Die Diskussion gegen Aufrüstung und ökologische Großprojekte wird von einer Minderheit von SPD-Linken schon seit Jahren geführt. Die SPD wird aber erst durch die wachsende außerparlamentarische Friedens- und Ökologiebewegung, sowie durch die Wahlerfolge der Grünen gezwungen, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen.

Die Erkenntnis, daß politische Veränderungen nicht einfach durch eine Politik in den Institutionen und etablierten Parteien erreicht werden kann, dürfen sich die Grün/Alternativen nicht von der SPD austreiben lassen. Andererseits ist gewiß, daß sich dauerhaft auf den Protest gegen 'Wahnsinnprojekte' kein stabiles grünes Wählerpotential, jenseits der Fünfprozenthürde, wird gründen und halten lassen.

Daß die Grünen in den Parlamenten aber für die SPD das 'Zünglein an der Waage' spielen ist deshalb wichtig, weil die SPD dadurch gezwungen ist über Konkretes und Aktuelles (z.B. Sparbeschlüsse) zu diskutieren und sich nicht nur mit

den Protestbewegungen über irgendwelche fernliegenden Orientierungsrahmen (z.B. ein Modell des Demokratischen Sozialismus) zu unterhalten und sich dabei vielleicht sogar zu einigen. Die parlamentarische Existenz der Grün/Alternativen kann demnach entscheidend dazu beitragen, zu verhindern, daß durch die Diskussion von gesellschaftlichen Utopien (die seit jeher von Teilen der SPD geführt wird) die konkrete Umsetzung notwendiger Schritte unterbleibt.

Grüne Widersprüche

Die parlamentarische Einflußnahme der Grün/Alternativen Listen läßt sich aber nicht mit der mythischen Vorstellung realisieren, die da wünscht, eine "Basis" könne ohne Brüche in die Parlamente marschieren. "Moralischer Rigorismus, der Bewegungen mit Parlamenten kurzschließen will, vorschnelles Glattbügeln von Widersprüchen in gut klingenden Märchen (z.B. "ökologische Kreislaufwirtschaft") ist dabei nur hinderlich ..." (so der Pflasterstrand)

Die weitgehende Gleichsetzung von Partei und Bewegung ist bei dieser Konstellation für beide Seiten von Nachteil. Die Bewegung ist gerade darauf angewiesen sich in kein strategisches und taktisches Konzept einbinden zu lassen, ihre Ziele werden und müssen immer par-

tiell, radikal und kompromißlos sein. Will die Partei aber Schritte nach vorn machen, so wird sie die Rigorosität der Basis früher oder später als Klotz am Bein empfinden.

Nach dem Pflasterstrand wäre es demnach "ehrlicher" beides (Partei und Bewegung) zu trennen und ein "Verhältnis zu finden, das Desillusionierungen erspart, ohne auf die notwendige, mögliche Abstimmung zu verzichten". Selbst wenn die Grün/Alternativen dies als Ziel akzeptieren würden, wäre die Umsetzung voller Brüche und Widersprüche (Petra Kelly auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Hagen: "Wir sind beides: Partei und Bewegung.").

Große Koalition mit der CDU?

Aber auch hinsichtlich der kurzfristigen Veränderbarkeit der SPD sind Euphorie und überhöhte Erwartungen fehl am Platz. Die Neuwahl in Hamburg stellt von Seiten der SPD den Versuch dar, über andere parlamentarische Mehrheitsverhältnisse (absolute Mehrheit der Mandate durch Ausscheiden der GAL) diese Frage für sich zu erledigen.

Sollte dies nicht gelingen (und es wird nicht gelingen), das heißt eine ähnliche Konstellation wie jetzt erhalten bleiben,

so wird mit Sicherheit der rechte SPD-Flügel die massive Forderung nach einer großen Koalition mit der CDU (nicht nur in Hamburg) zur Diskussion stellen. Und ein "Bündnis" SPD-GAL wird nicht zwangsläufig Folge dieser Diskussion sein. Ein kurzfristiges Scheitern des Konzeptes einer Zusammenarbeit von Grün/Alternativen und SPD halten wir für möglich, da (wie oben dargelegt) die Schwierigkeiten schon nur Gespräche zu führen nicht etwa in der individuellen Verstocktheit einiger Führungspersonen liegen, sondern vor allem Ausdruck tiefliegender sozialer und politischer Gegensätze sind.

Grundsätzlich jedoch ist eine Zusammenarbeit notwendig und zwar vor allem, als Voraussetzung für parlamentarische Zusammenarbeit, auf gesellschaftlicher Ebene. Diese 'neuen Mehrheiten' müssen sich in einem gesellschaftlichen Reformblock aus Arbeiterbewegung, Friedensbewegung, Bürgerinitiativen, Frauenbewegung niederschlagen. Dieser Block der strukturellen gesellschaftlichen Reformen darf sich nicht auseinanderdividieren lassen, weder nach Inhalten (hie Ökonomie, hie Ökologie) noch nach Methoden (hie parlamentarisch, hie außerparlamentarisch). Er muß sich ausrichten nicht an der Möglichkeit sondern an der unabwiesbaren Notwendigkeit von Reformen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung.

'RCDS' erkämpft Prüfungsgebühren

Neulich im Senat:

Prof. Scharmann (Physik-Guru): "Ich hab's nötig" - und wie's der 'RCDS' ihm besorgt ...

Wenige von Euch werden Prof. Scharmann kennen, noch weniger irgendwelche Leute, die im sog. 'Ring Christlich Demokratischer Studenten' politisch tätig sind und kaum einer den Senat.

Dabei wäre es schon interessant, von allen dreien ein wenig zu wissen - immerhin sind jene dafür verantwortlich, daß letzten Mittwoch (10. November 82) für die Studierenden von fünf (5) Fachbereichen die Prüfungsordnungen verschärft und für alle Diplomstudiengänge demnächst Prüfungsgebühren eingeführt bzw. schon existierende Gebühren nahezu verdoppelt werden.

Doch alles der Reihe nach:

Prof. Scharmann: Einer der Wortführer der rechten Mehrheitsfraktion "Forschung und Lehre" der Professoren (sog. 'Präsidenten-Mafia'). Erfreulich: die Ungeniertheit seiner ständischen Argumentation; unerfreulich: der Rest.

Der RCDS:

Studentenverband der CDU. Findet zwar die Bafög-Streichung der jetzigen Regierung "nicht ganz glücklich", sonst aber selbige ganz prima und seinem Niveau entsprechend. Hat sein Büro im Haus der Geschäftsstelle der CDU in der Alicenstr. 8.

Der Senat:

Falls jemand glaubt, die 'grauen Herren' aus Michael Endes "Momo" gäbe es nicht - im Senat kann er sie bewundern. Dort sitzen sie (sämtliche Dekane der Universität sowie sechs (6) Vertreter der Präsidenten-Fraktion; als Staffage sechs (6) Studenten und ein paar wissenschaftliche Mitarbeiter) und entscheiden über so wichtige Sachen wie Beförderungen von Professoren, Prüfungsordnungen oder eben auch Prüfungsgebühren.



Der RCDS trägt die Verantwortung für die Prüfungsgebühren!

Damit es überhaupt soweit kommen konnte, daß jetzt uniweit genormte Prüfungsgebühren eingeführt werden, bedurfte es einer Vorlage des "Lehr- und Studienausschusses" der Uni für den Senat. Die Vorlage brachte acht (8) Stimmen, doch nur sieben (7) der anwesenden Professoren waren zu diesem asozialen Akt bereit. Doch zum Glück gibt es in diesem Ausschuß auch studentische Mitbestimmung: zwei (2) Vertreter der Liste "Jusos/Basisgruppen and friends" sowie ein (1) RCDSler. Ihr werdet es schon ahnen: die RCDS-Vertreterin Heidrun Möglich (FB Physik) lieferte in der Sitzung am 28.10. die nötige achte Stimme für die Einführung von uniweit genormten Prüfungsgebühren.



Im Senat dann nur fünf (5) Stimmen gegen die Prüfungsgebühren!

Im Senat dann die übliche deutliche Mehrheit: Für den Antrag der Juso/Basisgruppen-Fraktion, eine Erhöhung der Prüfungsgebühren abzulehnen und das Kultusministerium aufzufordern, schon bestehende Prüfungsgebühren zu übernehmen, gab es fünf (5) Stimmen: vier der sechs Studenten (ohne RCDS !) und ein wissenschaftl. Mitarbeiter.

Die dort abstimmten, hatten fast alle ein eigenes Interesse: die über die Prüfungskosten hinausgehenden Gebühren, fließen in die Taschen der Prüfenden.

Ein Taschengeld "für Leute die zwischen 6.000,- und 9.000,- DM Monatsgehalt einfahren. Nichtsdestotrotz brachte dann Artur Scharmann die letzten Zweifler auf Linie: "Ich laß mich doch nicht dazu zwingen, auf das was mir zusteht, zu verzichten!"

Bei ihm weiß man wenigstens woran man ist.

Beim RCDS weniger: wessen Interessen vertreten diese Leute, wenn sie sich nicht entschließen können, für die Abschaffung sämtlicher Prüfungsgebühren zu stimmen, sondern selbst in Fachbereichen der Geisteswissenschaften eine Einführung solcher Gebühren (z.B. für das Vordiplom) erst ermöglichen ?

Am 10.11. standen auch noch 5 Diplomprüfungsordnungen zur Abstimmung, die alle mit Zustimmung der RCDS-Vertreter im Senat verschärft, bzw. mit erhöhten Prüfungsgebühren verabschiedet wurden.

z.B. Physik:

Die Prüfungsbefugnis der wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde eingeschränkt, dafür Prüfungsbefugnis für emeritierte Ordinarien!

In Zukunft kann die Öffentlichkeit bei der mündlichen Prüfung auch auf Wunsch der Prüfer ausgeschlossen werden. Bislang nur auf Antrag der Geprüften Studentinnen und Studenten.

Den Antrag der JuSo/Basisgruppenfraktion, die alte Regelung beizubehalten, da sonst die Schutzfunktion der Bestimmung für die Student-inn-enausgehöhl würde, entgegnete der RCDS, auch die Prüfer müßten sich gegen die Öffentlichkeit schützen können. Diesem Antrag schloß sich die Mehrheit der Professoren an.

Mit Zustimmung des RCDS wurde dann auch die Nachfrist für die Diplomarbeit halbiert. Für den ersten Teil der Diplomarbeit wird zusätzlich noch ein Schein angerechnet ("Hauptpraktikum in dem Fach, in dem die Diplomarbeit angefertigt wird"), womit oft eine einjährige Arbeit der Willkür der Scheingebenden ausgesetzt wird. Der RCDS fand nichts dabei und stimmte der Prüfungsordnung einschließlich 120,- DM Prüfungsgebühren (die nach der neuen Regelung noch erhöht werden) zu!

Darüberhinaus wurden die Prüfungsordnungen für Haushalt- und Ernährungswissenschaften, "Mathematik" und Biologie verschärft (fragt Eure Fachschaften), sowie ein Leiter der Abteilung "Versuchstierkunde" der Firma Boeringer zum Honorarprofessor ernannt. Selbstverständlich alles mit den Stimmen des RCDS.

Aber es stimmt ja leider, daß diese 'christlichen' Vertreter der Studentenschaft sich analog Art. 38 Grundgesetz ("... die Abgeordneten sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.") sich wie ihre Bonner Vorbilder und Finanziere einen Dreck um die Meinung derer scheren, deren Interessen sie vertreten sollten.

Es sei denn, sie würden endlich zugeben, daß sie lediglich die Interessen derer vertreten, für die Prüfungsgebühren in Höhe von mehreren Hundert Mark (Agrarwissenschaften: bisher 150,- DM jetzt 281,50 DM !) eine Bereicherung studentischen Daseins sind ...

Den anderen wird wohl nichts anderes übrigbleiben, als diesen Claqueuren (und Mitinitiatoren) dieses zusätzlichen Sozialabbaus auf die Pelle zu rücken bzw. bei den nächsten StuPa- und Konventswahlen im Juni 1983 aus den studentischen Gremien zu entfernen.

UNI-VOLL- VERSAMMLUNG

am 25.11. um 14⁰⁰ ins Audi-Max.

Es soll dort diskutiert + entschieden werden über

Widerstand
gegen Sozial- und
Bildungsabbau sowie die Befähigungspläne
der Bundesregierung.

Karten für die bundesweite Befähigungs-Demo
am 4. Dezember in Bonn verkaufen
die Jusos + Basisgrupppler für 9,- im ASTA.